

Das Präsidium des
Landgerichts Halle

3204 E LG 2020

Geschäftsverteilungsplan
des Landgerichts Halle
für das Geschäftsjahr 2020

Inhaltsverzeichnis:

Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen	3
A. Kammern.....	3
B. Grundsätze der Verteilung der Geschäfte in Zivilsachen	4
I. Zivilsachen erster Instanz und Bausachen i.S.v. § 72a Satz Nr. 1 GVG	4
II. Sonstige Zivilsachen	6
III. Sonderzuständigkeiten wegen Sachzusammenhanges	6
IV. Zuständigkeitskonflikte in Zivilsachen	7
C. Grundsätze der Verteilung der Geschäfte in Strafsachen	8
I. Strafsachen erster Instanz, Jugend- und Jugendschutzsachen, Jugendschwergerichtssachen, Wirtschaftsstrafsachen und	8
Beschwerdesachen	8
II. Allgemeine Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene	11
III. Fortsetzung ausgesetzter Verfahren	12
IV. Abgetrennte Strafverfahren	12
V. Abgaben innerhalb des Hauses.....	12
VI. Verfahren im Fall der Rücknahme einer Anklageschrift	12
VII. AR-Sachen in Erwachsenensachen.....	12
D. Vorrangregelungen.....	13
E. Vertretungsregelungen, Zuständigkeit für Ablehnungsgesuche	13
F. Güterichter.....	15
G. Bereits begründete Zuständigkeiten	15
H. Richterlicher Bereitschaftsdienst	15
Kapitel II: Besetzungen und Geschäftsaufgaben der Kammern.....	16
Abschlussbemerkung	31

Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen

A. Kammern

Bei dem Landgericht Halle sind gemäß § 4 AGGVG LSA vom Präsidenten gebildet:

1. 7 Zivilkammern, davon

- a) vier Kammern für Bausachen,
- b) eine Kammer zugleich für Baulandsachen,
- c) eine Kammer zugleich für Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften,
- d) eine Kammer zugleich für Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen und
- e) eine Kammer zugleich für Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen.

2. 2 Kammern für Handelssachen;

3. 15 Strafkammern, davon

- a) zwei Kammern zugleich als Schwurgerichtskammer bzw. Auffangschwurgerichtskammer (1. bzw. 10. Strafkammer),
- b) zwei Kammern zugleich als Staatsschutzkammer bzw. Auffangstaatsschutzkammer (13. bzw. 3. Strafkammer),
- c) zwei Kammern als Wirtschaftsstrafkammer bzw. zugleich als Wirtschaftsstrafkammer (2. und 13. Strafkammer),
- d) sechs Kammern mit den Aufgaben bzw. zugleich mit den Aufgaben der kleinen Strafkammer (5., 7., 8., 9., 13. und 16. Strafkammer),
- e) zwei Jugendkammern, zugleich jeweils als Jugendschwurgerichtskammer und Jugendschutzkammer (4. und 14. Strafkammer),
- f) zwei Kammern zugleich mit den Aufgaben der kleinen Jugendkammer (4. und 14. Strafkammer),
- g) eine Kammer zugleich für Verfahren nach § 4 Abs. 2 NS-AufhG (3. Strafkammer),
- h) eine Strafvollstreckungskammer (7. Strafkammer),
- i) eine Kammer für Rehabilitierungssachen (12. Strafkammer),
- j) eine Kammer für die Anordnung von Maßnahmen nach §§ 100b und 100c StPO (15. Strafkammer).

B. Grundsätze der Verteilung der Geschäfte in Zivilsachen

I. Zivilsachen erster Instanz und Bausachen im Sinne des § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG

1. Zuständigkeit für Vollstreckungsabwehrklagen

Für Vollstreckungsabwehrklagen gemäß § 767 ZPO ist die Kammer mit der Ordnungsnummer zuständig, die den Titel erlassen hat.

Die Zuständigkeit für andere Vollstreckungsabwehrklagen und für Vollstreckungsabwehrklagen, bei denen der zugrundeliegende Titel von einer zwischenzeitlich aufgelösten Zivilkammer erlassen wurde, richtet sich nach dem Turnus.

2. Zuständigkeit für allgemeine Zivilsachen

Für die erstinstanzlichen allgemeinen Zivilsachen werden Prozessregister, getrennt nach O und OH, geführt, aus denen die Geschäftszeichen vergeben werden.

Die Zuweisung der Geschäfte und die Zuständigkeit der einzelnen Kammern richten sich dabei innerhalb dieser Prozessregister in der nachstehenden Reihenfolge nach folgenden Kriterien:

a) Spezialzuständigkeit

Die Zuständigkeit einer Zivilkammer infolge Spezialzuständigkeit gemäß Kapitel II wird ausschließlich durch den Inhalt des Antrages gemäß § 485 ZPO, der Klage oder der Anspruchsbegründung bestimmt. Eine Abgabe an eine andere Zivilkammer wegen Spezialzuständigkeit findet nach dem Erlass eines Beweisbeschlusses, der Terminierung oder der Anordnung des schriftlichen Verfahrens im Sinne von §§ 128 ff. ZPO nicht mehr statt. Hiervon unberührt bleiben die unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Streitigkeiten, für welche die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gelten.

b) Sachzusammenhang

Die Zuständigkeit einer Zivilkammer infolge Sachzusammenhangs ergibt sich aus Kapitel I lit. B III.

c) Turnusregelung

Erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen werden im Turnus wie folgt verteilt:

- aa)** Erstinstanzliche allgemeine Zivilsachen werden im Turnus unter Berücksichtigung der am 31.12.2019 bestehenden Boni sowie eines weiteren Bonus von 29 Verfahren zugunsten der 3. Zivilkammer wie folgt auf die 3. bis 6. sowie 9. Zivilkammer verteilt:

- (1)** Ein Turnus umfasst 17 Durchläufe. Die erste eingehende allgemeine Zivilsache entfällt auf die 3. Zivilkammer, die zweite auf die 4. Zivilkammer, die dritte auf die 5.

Zivilkammer, die vierte auf die 6. Zivilkammer, die fünfte auf die 9. Zivilkammer, die sechste auf die 3. Zivilkammer und so fort. Es werden die 3. Zivilkammer in jedem 1., 3., 5., 7., 9., 11., 13., 15. und 17. Durchlauf, die 5. Zivilkammer in jedem 3. und 11. Durchlauf, die 6. Zivilkammer in jedem 1., 3., 5., 7., 9., 11., 13. und 15. Durchlauf übersprungen. Die 9. Zivilkammer erhält in jedem 8. Durchlauf eine Zuteilung und wird in den übrigen Durchläufen übersprungen.

- (2) Geht eine Sache ein, die nach Kapitel I lit. B. I 1, 2 a oder 2 b zu einem bestimmten Spruchkörper gehört, wird diese Sache auf die Verteilung nach dem Turnus angerechnet.
- (3) Sachen, die wegen einer alleinigen Spezialzuständigkeit einer am Turnus teilnehmenden Kammer zufallen, werden mit folgendem Faktor auf den Turnus der erstinstanzlichen Zivilsachen angerechnet:

Geschäftsaufgabe gemäß Kapitel II		Anrechnungsfaktor
3. ZK	3. und 4. Geschäftsaufgabe	1,0
	5. Geschäftsaufgabe	0,3
	Baulandsachen	1,0
4. ZK	3. Geschäftsaufgabe	1,3
	4. und 5. Geschäftsaufgabe	1,0
	6. bis 8. Geschäftsaufgabe	0,3
5. ZK	3. Geschäftsaufgabe	1,0
	4. Geschäftsaufgabe	1,3
6. ZK	3. Geschäftsaufgabe	2,1

- bb) Bausachen im Sinne des § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht werden wie folgt verteilt: gleichmäßig auf die 3., 4., 5. und 6. Zivilkammer verteilt, wobei die erste Sache auf die 3. Zivilkammer, die zweite auf die 4. Zivilkammer und so fort entfällt. Die 3. Zivilkammer wird in jedem 2. Durchlauf übersprungen; darüber hinaus wird die 3. Zivilkammer viermal auch dann übersprungen, wenn sie regulär eine Bausache erhalten würde. Verfahren i. S. d. Satzes 1 werden mit dem Faktor 2,1 auf den Turnus angerechnet.

- cc)** Bei Erkrankung eines Richters der am Turnus teilnehmenden Kammern über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus, erhält die Kammer, der der erkrankte Richter angehört, zwei Wochen nach Dienstantritt einen Bonus in Höhe der Zahl, die dem Eingang im Dezernat des erkrankten Richters im Zeitraum vom Beginn des Kalendertages, der sich vier Wochen nach Beginn der Erkrankung ergibt, bis zum Ende des Kalendertages, der dem Beginn des Dienstantrittes vorangeht, entspricht.

d) Zurückverwiesene Verfahren

- aa)** Gemäß § 563 Abs. 1 S. 2 ZPO an einen anderen Spruchkörper des Berufungsgerichts zurückverwiesene Verfahren fallen in die Zuständigkeit des Vertreters der Kammer, welche die aufgehobene Entscheidung getroffen hat.
- bb)** Zurückverwiesene Verfahren aus dem Landgericht ausgeschiedener Richter, die weder unter aa) fallen noch einer Spezialzuständigkeit unterliegen, werden über die Turnusregelung verteilt.

e) Verfahren bei gleichzeitigem Eingang und bei Abgabe oder Verweisung

- aa)** Bei gleichzeitig in der Geschäftsstelle eingehenden Sachen ist die alphabetische Reihenfolge der Namen oder Firmen der Beklagten maßgeblich, bei mehreren Beklagten der zuerst aufgeführte.
- bb)** Wird eine Sache durch Abgabe innerhalb des Hauses erledigt, erhält die abgebende Kammer einen auf den Turnus anzurechnenden Malus. Bei der aufnehmenden Kammer wird die Sache als Neueingang eingetragen und auf den Turnus angerechnet. Bei einer Verweisung an ein anderes Gericht findet ein Ausgleich nicht statt.

II. Sonstige Zivilsachen

Die Zuständigkeit für sonstige Zivilsachen ergibt sich aus Kapitel II dieses Geschäftsverteilungsplanes.

III. Sonderzuständigkeiten wegen Sachzusammenhangs

Für erstinstanzliche Zivilverfahren und Bausachen im Sinne des § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG wird eine Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs nach Maßgabe folgender Regelungen begründet:

1. Begriffsbestimmungen

a) Bezugsverfahren sind:

Nr.1: ein Streit- oder Prozesskostenhilfeverfahren, das noch anhängig ist oder bei der die Sachentscheidung nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.

Maßgeblich ist das Verkündungsdatum, hilfsweise das Zustellungsdatum der früheren Sachentscheidung einerseits und das Datum des Neueinganges andererseits. Ei-

ner Sachentscheidung im vorstehenden Sinne gleichgestellt ist ein Vergleichsabschluss oder eine Entscheidung nach § 91a ZPO. Das gilt nicht, wenn die Kammer nur über einen Befangenheitsantrag entschieden hat.

Nr.2: ein selbständiges Beweisverfahren unabhängig vom Bearbeitungsstand.

Nr. 3: anhängige Zivilverfahren für nachfolgende selbständige Beweisverfahren.

b) Vorbefasster Richter:

Nr.1: der Einzelrichter oder Berichterstatter, in dessen Zuständigkeit ein laufendes Bezugsverfahren geführt wird,

Nr.2: der Einzelrichter oder Berichterstatter, der die frühere Sachentscheidung im Bezugsverfahren getroffen bzw. an dem gleichgestellten Verfahrensabschluss mitgewirkt hat,

Nr.3: derjenige Richter, der im Zeitpunkt des Abschlusses eines selbständigen Beweisverfahrens (Abschluss der Beweisaufnahme) der zuständige Einzelrichter/Berichterstatter ist.

c) Sachzusammenhang:

Als zusammenhängende Sachen gelten ein neues erstinstanzliches Zivilverfahren bzw. eine Bausache im Sinne des § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG und ein Bezugsverfahren, wenn wenigstens eine Partei oder ein Beteiligter im Sinne von §§ 64 bis 77 ZPO an jedem der Verfahren beteiligt ist und sie das gleiche Rechts- und Lebensverhältnis betreffen. Dasselbe gilt in den Fällen der §§ 323, 717, 731, 769 und 945 ZPO. Kapitel I lit. B I 1 des Geschäftsverteilungsplans ist entsprechend anzuwenden.

2. Begründung einer Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs

Steht eine neue Sache in einem Sachzusammenhang mit einem Bezugsverfahren, dann ist die Kammer, der der vorbereitete Richter bei Eingang der neuen Sache angehört, auch für die neue Sache zuständig, außer der vorbereitete Richter ist im Zeitpunkt des Einganges der neuen Sache bei Gericht nicht mit einem Arbeitskraftanteil von mindestens 25 % mit der Bearbeitung von erstinstanzlichen Zivilsachen und/oder Bausachen im Sinne des § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG befasst oder für die neue Sache besteht eine Spezialzuständigkeit nach Kapitel II des Geschäftsverteilungsplans.

3. Handelssachen

Für Verfahren der Kammer für Handelssachen findet die Regelung über die Zuständigkeit wegen Sachzusammenhangs keine Anwendung.

IV. Zuständigkeitskonflikte in Zivilsachen

1. Wurde ein Verfahren einer Kammer wegen Sachzusammenhangs oder einer nicht unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Spezialzuständigkeit zugewiesen und hält der mit der ersten Bearbeitung befasste Vorsitzende/Einzelrichter seine Kammer insoweit nicht für zuständig, so gibt er die Sache an die zentrale Verteilungsstelle zurück, die das Verfahren an der nächsten freien Stelle im Turnus für erstinstanzliche, allgemeine Zivilsachen einträgt.

Wurde ein Verfahren einer Kammer nach anderen Vorschriften zugewiesen und sieht der mit der ersten Bearbeitung befasste Vorsitzende/Einzelrichter eine Streitigkeit nach § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG als vorliegend an, so gibt er die Sache ebenfalls an die zentrale Verteilungsstelle zurück, die das Verfahren an der nächsten freien Stelle im Turnus für Verfahren nach § 72a Satz 1 Nr. 2 GVG einträgt.

Hält der daraufhin mit der Bearbeitung befasste Vorsitzende/Einzelrichter seine Kammer nicht für zuständig, so ruft er in den Fällen der Zuweisung wegen Sachzusammenhangs oder einer nicht unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Spezialzuständigkeit das Präsidium zur Klärung des Zuständigkeitskonflikts an.

2. Wurde ein Verfahren einer Kammer nach anderen Vorschriften zugewiesen und hält der mit der ersten Bearbeitung einer Sache befasste Vorsitzende/Einzelrichter eine andere Kammer aufgrund einer nicht unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Spezialzuständigkeit oder eines Sachzusammenhangs für zuständig, so leitet er die Sache an die von ihm für zuständig erachtete Kammer weiter.

Hält der daraufhin mit der Bearbeitung befasste Vorsitzende/Einzelrichter seine Kammer nicht für zuständig, so gibt er die Akten an die abgebende Kammer zurück oder leitet sie an eine von ihm für zuständig gehaltene dritte Kammer weiter. Einigen sich die beteiligten Vorsitzenden/Einzelrichter nicht, so entscheidet in den Fällen der Abgabe wegen Sachzusammenhangs oder einer nicht unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Spezialzuständigkeit über die Zuständigkeit auf Antrag des zuletzt mit der Sache befassten Vorsitzenden/Einzelrichters das Präsidium.

3. Geschieht die Abgabe nicht binnen eines Monats, verbleibt die Sache bei der Kammer, der sie zugewiesen wurde. Dies gilt nicht für gesetzlich festgelegte funktionelle Zuständigkeiten. Die Monatsfrist beginnt in dem Zeitpunkt zu laufen, in dem die Tatsachen bekannt werden konnten, aus denen sich der Sachzusammenhang bzw. die nicht unter § 72a Satz 1 GVG fallende Spezialzuständigkeit ergibt.
4. Für die unter § 72a Satz 1 GVG fallenden Streitigkeiten gelten die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

C. Grundsätze der Verteilung der Geschäfte in Strafsachen

I. Strafsachen erster Instanz, Jugend- und Jugendschutzsachen, Jugendschwurgerichtssachen, Wirtschaftsstrafsachen und Beschwerdesachen

Die Zuweisung der Geschäfte und die Zuständigkeit der einzelnen Kammer richten sich nach der folgenden Reihenfolge, wobei jeweils bei gleichzeitigem Eingang die Zuweisung in der Reihenfolge des Alters der Beschuldigten/Angeschuldigten/Angeklagten, beginnend mit dem Ältesten erfolgt:

1. Spezialzuständigkeit

- a) Die Zuständigkeit einer Strafkammer infolge Spezialzuständigkeit ergibt sich zunächst aus Kapitel II.

- b) Jugendschwurgerichtssachen, Jugend- und Jugendschutzsachen, Berufungen gegen Urteile des Jugendrichters und der Jugendschöffengerichte, Beschwerden in Jugendsachen sowie AR-Sachen in Jugendsachen werden jeweils wechselseitig auf die 4. und 14. Strafkammer, jeweils beginnend mit der 14. Strafkammer, verteilt, soweit sich nicht aus Kapitel I lit. C I 2 c etwas anderes ergibt.

- c) Erst- und zweitinstanzliche Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c GVG, die Straftaten im Sinne von § 369 AO zum Gegenstand haben, werden von der 2. Strafkammer bearbeitet, und zwar einschließlich der vor dem 01.01.2020 eingegangenen Wirtschaftsstrafsachen im oben genannten Sinne, die noch nicht terminiert sind.

Die übrigen erst- bzw. zweitinstanzlichen Wirtschaftsstrafsachen werden jeweils wechselseitig auf die 2. und 13. große Strafkammer, beginnend mit der 2. Strafkammer, verteilt.

Sofern bei der 2. Strafkammer eine erstinstanzliche Wirtschaftsstrafsache, die Straftaten im Sinne von § 369 AO zu Gegenstand hat, eingeht, wird die Kammer bei der nächsten Zuteilung der übrigen erstinstanzlichen Wirtschaftsstrafsachen ausgelassen.

Entsprechendes gilt für die zweitinstanzlichen Wirtschaftsstrafsachen sowie für Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Wirtschaftsstrafsachen.

- d) Beschwerden, die nicht ausdrücklich anderen Kammern zugewiesen sind, werden wechselseitig auf die 3. und 10. Strafkammer, jeweils beginnend mit der 10. Strafkammer, verteilt.

2. Turnusregelung

- a) Sonstige erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen werden im Turnus wie folgt auf die 3., 5., 10., 13. und 16. Strafkammer verteilt:

aa) Ein Turnus umfasst 21 Durchgänge. Die erste eingehende allgemeine Erwachsenenstrafsache entfällt auf die 3. Strafkammer, die zweite auf die 5. Strafkammer, die dritte auf die 10. Strafkammer, die vierte auf die 13. Strafkammer, die fünfte auf die 16. Strafkammer, die sechste auf die 3. Strafkammer und so fort. Die 5. Strafkammer wird in jedem 1., 6., 11. und 16. Durchgang und die 13. Strafkammer in jedem 11. Durchgang übersprungen.

bb) Sachen, die der Spezialzuständigkeit einer am Turnus teilnehmenden Kammer unterfallen, werden mit folgendem Faktor auf den Turnus der erstinstanzlichen Erwachsenenstrafsachen angerechnet, wobei die 1. und 5. Strafkammer, die 2. und 16. Strafkammer, die 3. und 4. Strafkammer, die 13. Strafkammer sowie die 10. und 14. Strafkammer jeweils eine Anrechnungseinheit bilden:

Am Turnus teilnehmende Kammer	Geschäftsaufgabe der Anrechnungseinheit gemäß Kapitel II	Anrechnungsfaktor
16. Strafk.	1.a. und 1.b. Geschäftsaufgabe der 2. Strafk.	3,20
	1.c. und 2.c. Geschäftsaufgabe der 2. Strafk.	0,05
	2.a. und 2.b. Geschäftsaufgabe der 2. Strafk.	0,30

Am Turnus teilnehmende Kammer	Geschäftsaufgabe der Anrechnungseinheit gemäß Kapitel II	Anrechnungsfaktor
	1.c. Geschäftsaufgabe der 16. Strafk.	1,00
	2. Geschäftsaufgabe der 16. Strafkammer	0,10
5. Strafk.	1., 3. und 4. Geschäftsaufgabe der 1. Strafkammer	2,10
	2. und 5. Geschäftsaufgabe der 1. Strafkammer	0,05
	1.b. Geschäftsaufgabe der 5. Strafkammer	1,00
	2. Geschäftsaufgabe der 5. Strafkammer	0,10
3. Strafk.	2., 4., 5. und 8. Geschäftsaufgabe der 3. Strafk.	1,00
	3. Geschäftsaufgabe der 3. Strafkammer	0,05
	1. und 2. Geschäftsaufgabe der 4. Strafkammer	2,10
	3. und 4.a. Geschäftsaufgabe der 4. Strafkammer	1,40
	4.b. und 5. Geschäftsaufgabe der 4. Strafkammer	0,20
	4 c. Geschäftsaufgabe der 4. Strafkammer	0,05
13. Strafk.	1.a. und 1.b. Geschäftsaufgabe	3,20
	1.c. und 1.e. Geschäftsaufgabe	0,05
	1.d., 1g. u. 1.h. Geschäftsaufgabe	1,00
	2.a. und 2.b. Geschäftsaufgabe	0,30
	2.c. Geschäftsaufgabe	0,10
10. Strafk.	2. Geschäftsaufgabe der 10. Strafkammer	2,10
	3. Geschäftsaufgabe der 10. Strafkammer	1,00
	4. Geschäftsaufgabe der 10. Strafkammer	0,05
	1. und 2. Geschäftsaufgabe der 14. Strafkammer	2,10
	3. und 4.a. Geschäftsaufgabe der 14. Strafkammer	1,40
	4.b. und 5. Geschäftsaufgabe der 14. Strafkammer	0,20
	4.c. Geschäftsaufgabe der 14. Strafkammer	0,05

- b) Erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen, in denen zum Zeitpunkt des Eingangs der Sache gegen mindestens einen Angeschuldigten ein Haft- oder Unterbringungsbeehl vollzogen wird, werden abweichend von Absatz a) aa) wie folgt verteilt:

Die erste Sache entfällt auf die 6. Strafkammer. Die nachfolgenden Sachen werden gleichmäßig auf die 6. Strafkammer und die am Turnus teilnehmenden Strafkammern unabhängig von nach Absatz a) bb) erworbenen Boni verteilt, wobei die erste Sache

auf die 6., die zweite auf die 3., die dritte auf die 5., die vierte auf die 10., die fünfte auf die 13., die sechste auf die 16., die siebte auf die 6. Strafkammer und so fort entfällt. In jedem 2. Durchlauf wird die 5. Strafkammer und in jedem 3. Durchlauf die 3. und 10. Strafkammer übersprungen. Sofern nach dem Eingang der Sache gegen mindestens einen Angeschuldigten ein Haft- oder Unterbringungsbefehl erlassen und vollzogen wird, wird die am Haftturnus teilnehmende Kammer bei der nächsten Zuteilung ausgelassen; dies gilt nicht bei Erlass des Haft- oder Unterbringungsbefehls nach oder mit der Urteilsverkündung. Die in Satz 1 genannten Strafsachen werden mit dem Faktor 1,0 bei den am Turnus teilnehmenden Kammern auf den Turnus angerechnet.

- c) Erstinstanzliche Jugend- und Jugendschutzsachen einschließlich Jugendschwurgerichtssachen, in denen zum Zeitpunkt des Eingangs der Sache gegen mindestens einen Angeschuldigten ein Haft- oder Unterbringungsbefehl vollzogen wird, werden gleichmäßig auf die 4. und 14. Strafkammer und unabhängig von nach Absatz a) bb) erworbenen Boni verteilt, wobei die erste Sache auf die 14., die zweite auf die 4., die dritte auf die 14. und so fort entfällt. Sofern nach dem Eingang der Sache gegen mindestens einen Angeschuldigten ein Haft- oder Unterbringungsbefehl erlassen und vollzogen wird, wird die am Haftturnus teilnehmende Kammer bei der nächsten Zuteilung ausgelassen; dies gilt nicht bei Erlass des Haft- oder Unterbringungsbefehls nach oder mit der Urteilsverkündung. Von den in Satz 1 genannten Strafsachen werden Jugendschwurgerichtssachen mit dem Faktor 2,1 und sonstige erstinstanzliche Jugend- und Jugendschutzsachen mit dem Faktor 1,4 bei den oben genannten Kammern auf den Turnus angerechnet.
- d) Die Anrechnung auf den Turnus erfolgt im Zeitpunkt der nächsten Zuteilung der betreffenden Kammer nach Absatz a) aa). Dies bedeutet, dass bei Eingang eines einer Spezialzuständigkeit einer Kammer unterfallenden Verfahrens der betreffenden Anrechnungseinheit (1./5. Strafkammer; 2./16. Strafkammer; 3./4. Strafkammer; 13. Strafkammer oder 10./14. Strafkammer) zunächst ein Bonus in der sich aus Absatz a) bb) ergebenden Höhe gutgeschrieben wird. Sobald der Bonus den Wert 1 erreicht oder übersteigt, wird die betreffende Kammer im Zeitpunkt der nächsten sich aus Absatz a) aa) ergebenden Zuteilung übersprungen. Zugleich verringert sich der Bonus der Anrechnungseinheit um 1. Die entsprechende Kammer bzw. die entsprechenden Kammern wird/werden bei den nachfolgenden Zuteilungen solange übersprungen bis der Bonus auf einen Wert unter 1 abgeschmolzen ist. Davon abweichend erfolgt die Anrechnung auf den Turnus für die 2.b. Geschäftsaufgabe der 2. Strafkammer einen Monat nach Eingang des Ablehnungsgesuches in der 2. Strafkammer.

Für den Fall des sich aus Kapitel I lit. C. V für eine Anrechnungseinheit ergebenden Malus erhält die Kammer im Zeitpunkt der nächsten Zuteilung der betreffenden Kammer eine der Höhe des Malus entsprechende Anzahl von erstinstanzlichen Strafsachen aus dem Turnus zusätzlich.

II. Allgemeine Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene

Allgemeine Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene werden getrennt nach Berufungen gegen Urteile des Strafrichters und Berufungen gegen Urteile des Schöffengerichts in zeitlicher Reihenfolge, bei gleichzeitigem Eingang in der Reihenfolge des Alters der Angeklagten, beginnend mit dem Ältesten, eingetragen.

Berufungen aus dem Bezirk des Amtsgerichts Halle (Saale) fallen in die Zuständigkeit der 8. Strafkammer.

Die übrigen Berufungen werden im Turnus jeweils wie folgt auf die 7., 8. und 9. Strafkammer verteilt: Das erste, fünfte und sechste eingehende Verfahren auf die 9. Strafkammer, das zweite, vierte, siebente, neunte und zehnte auf die 7. Strafkammer, das dritte und achte auf die 8. Strafkammer und so fort.

III. Fortsetzung ausgesetzter Verfahren

Werden Strafverfahren, die vor Geltung dieses Geschäftsverteilungsplanes ausgesetzt wurden, fortgesetzt, so bleibt die ursprünglich mit der Sache befasste Kammer zuständig, soweit nicht die besonderen Bestimmungen des Kapitels II die Zuständigkeit regeln.

IV. Abgetrennte Strafverfahren

Abgetrennte Strafverfahren werden bei der für sie zuständigen Kammer als Neueingang eingetragen und, sofern sie in die Zuständigkeit der 1., 2., 3., 4., 5., 10., 13., 14. oder 16. Strafkammer fallen, entsprechend auf den Turnus angerechnet.

V. Abgaben innerhalb des Hauses

Wird ein Strafverfahren innerhalb des Hauses an eine andere Strafkammer abgegeben, wird das Verfahren bei der erhaltenen Kammer als Neueingang behandelt. Sofern das Verfahren nunmehr in die Zuständigkeit der 1., 2., 3., 4., 5., 10., 13., 14. oder 16. Strafkammer fällt, wird es entsprechend auf den Turnus angerechnet. Bei der 1., 2., 3., 4., 5., 10., 13., 14. oder 16. Strafkammer wird das Verfahren im Falle der Abgabe als Malus auf den Turnus angerechnet.

VI. Verfahren im Fall der Rücknahme einer Anklageschrift

Wird, nachdem in einer Sache die Anklage zurückgenommen worden war, erneut Anklage erhoben, so wird das Verfahren für die Kammer, in der es zunächst anhängig war, als Neueingang eingetragen. Eine Anrechnung auf den Turnus unterbleibt.

VII. AR-Sachen in Erwachsenensachen

AR-Sachen, die sich auf Schöffen beziehen, sind der 1. Strafkammer ausschließlich zugewiesen.

Sofern ein AR-Verfahren eine Wirtschaftsstrafsache, die Straftaten nach § 369 AO zum Gegenstand hat, betrifft, wird das Verfahren der 2. Strafkammer zugewiesen. Im Übrigen werden AR-Sachen in Wirtschaftsstrafsachen wechselseitig, beginnend mit der 2. Strafkammer auf die 2. und 13. Strafkammer verteilt.

Für Entscheidungen über die Übernahme von Strafverfahren in Erwachsenensachen nach Vorlage durch ein Amtsgericht zum Zwecke der Verbindung mit einem bereits beim Landgericht anhängigen Verfahren (Bezugsverfahren) ist die Kammer zur Entscheidung über die Übernahme zuständig, in welcher das Bezugsverfahren geführt wird. Im Übrigen werden die AR-Sachen im Turnus wie folgt auf die 3., 5., 10., 13. und 16. Strafkammer verteilt: Das erste Verfahren erhält die 3. Strafkammer, das zweite die 5. Strafkammer, das dritte die 10. Strafkammer, das vierte die 13. Strafkammer, das fünfte die 16. Strafkammer, das sechste die 3. Strafkammer und so fort.

Im Fall der Übernahme wird das Verfahren bei der übernehmenden Kammer als Neueingang behandelt und entsprechend auf den Turnus angerechnet.

D. Vorrangregelungen

Ist ein Richter mehreren Kammern zugeteilt, hat die Tätigkeit in einer Strafkammer Vorrang gegenüber der in einer Zivilkammer, diese wiederum Vorrang gegenüber der in der Kammer für Rehabilitierungssachen.

E. Vertretungsregelungen, Zuständigkeit für Ablehnungsgesuche

1. Allgemeine Regelungen

Soweit die Vertretung des Vorsitzenden der Kammer in diesem Geschäftsverteilungsplan nicht ausdrücklich geregelt ist, vertritt ihn der zuerst aufgeführte Beisitzer, der Richter auf Lebenszeit ist.

Ist eine andere Kammer zur Vertretung bestimmt, so vertreten zunächst die ihr angehörenden Beisitzer, die nicht Stellvertreter des Vorsitzenden sind, beginnend mit dem zuletzt aufgeführten Beisitzer, sodann der stellvertretende Vorsitzende, sodann der Vorsitzende.

Sind alle Richter der zur Vertretung berufenen Kammer verhindert, sind die Richter berufen, welche die Vertretungskammer vertreten und so fort.

Soweit die Kammern einander in der (umgekehrten) Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen vertreten, folgen auf die letzte Kammer einer Reihe die noch nicht herangezogenen ersten Kammern der Reihe.

2. Sonderregelungen für Strafkammern, Zuständigkeit für Ablehnungsgesuche

- a) Zur Vertretung einer kleinen Strafkammer sind zunächst die ausdrücklich benannten Vertreter berufen. Sind alle Richter verhindert, sind die Richter der zur Vertretung berufenen kleinen Strafkammer berufen.

b) Ist durch die bisherigen Vertretungsregelungen die vollständige Besetzung einer sonstigen Strafkammer nicht gewährleistet, so wird diese

- durch die noch nicht herangezogenen Strafkammern mit Ausnahme der 12. und 15. Strafkammer in der Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen – beginnend mit der Strafkammer, die in ihrer Ordnungszahl auf die letzte ausdrücklich benannte Vertretungskammer folgt – vertreten,
- sodann durch die Beisitzer der 12. Strafkammer (Kammer für Rehabilitierungssachen),
- sodann durch die Zivilkammern in der umgekehrten Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen,
- sodann durch die Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen in der Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen.

c) Für die Heranziehung von Richtern zur Vertretung der Strafkammern in Sitzungen gilt § 49 Abs. 4 GVG analog.

d) In Abweichung von den allgemeinen Vertretungsregeln wird die Zuständigkeit für Entscheidungen über Ablehnungsgesuche wie folgt geregelt:

Für die Entscheidung über Ablehnungsgesuche gegen Mitglieder einer großen Strafkammer werden, wenn die Strafkammer nicht mit einer zur Entscheidung ausreichenden Anzahl von Richtern besetzt ist, die Richter der 2. Strafkammer herangezogen, danach die diese Kammer vertretenden Richter und so fort. Richtet sich das Ablehnungsgesuch gegen einen oder mehrere Richter der 2. Strafkammer und ist diese Kammer nicht mit einer zur Entscheidung ausreichenden Zahl von Richtern besetzt, so entscheiden die Richter der 4. Strafkammer, danach die diese vertretenden Richter und so fort.

Über die Ablehnung eines Vorsitzenden einer kleinen Strafkammer entscheidet der Vorsitzende der 2. Strafkammer (kleine Strafkammer), danach dessen Vertreter als Vorsitzender der kleinen Strafkammer. Wird der Vorsitzende der 2. Strafkammer als kleine Strafkammer selbst als befangen abgelehnt, entscheidet der ihn in der 2. Strafkammer (große Strafkammer) vertretende Beisitzer, danach dessen Vertreter.

3. Sonderregelungen für Zivilkammern

Ist durch die bisherigen Vertretungsregelungen die vollständige Besetzung einer Zivilkammer nicht gewährleistet, so wird in dieser vertreten

- a) durch die noch nicht herangezogenen Zivilkammern in der umgekehrten Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen, beginnend mit der Zivilkammer, die in ihrer Ordnungszahl auf die letzte ausdrücklich benannte Vertretungskammer folgt,
- b) sodann durch die Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen in der Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen,
- c) sodann durch die Strafkammern mit Ausnahme der 12. Strafkammer in umgekehrter Reihenfolge ihrer Ordnungszahlen, beginnend mit der 16. Strafkammer,
- d) sodann durch die Beisitzer der 12. Strafkammer - Kammer für Rehabilitierungssachen.

F. Güterichter

Zu Güterichtern gemäß § 278 Abs. 5 ZPO und § 36 Abs. 5 FamFG werden Ri'inLG Kawa und Ri'inLG Milferstedt-Grubert jeweils mit einem Fünftel ihrer Arbeitskraft, Ri'inLG Ulmer und Ri'inLG Rosenfeld jeweils mit einem Zehntel und Ri'inLG Dr. Fichtner ohne gesonderten Arbeitskraftanteil bestellt.

G. Bereits begründete Zuständigkeiten

Die durch den Geschäftsverteilungsplan der Vorjahre sowie durch nachfolgende Änderungsbeschlüsse begründeten Zuständigkeiten und Kammerbesetzungen für die am 01.01.2020 anhängigen Verfahren, in denen eine Kammer bereits in der Sache tätig geworden ist, bleiben durch diesen Geschäftsverteilungsplan unberührt, sofern sich nicht aus Kapitel II eine abweichende Regelung ergibt.

H. Richterlicher Bereitschaftsdienst

Die Beschlüsse des Präsidiums des Landgerichts Halle vom 15.10.2018 über die Verteilung der Geschäfte des richterlichen Bereitschaftsdienstes (§ 22c Abs. 1 S. 4 GVG) gelten fort.

Kapitel II: Besetzungen und Geschäftsaufgaben der Kammern

1. Zivilkammer

Vorsitzender:	N.n.	
Beisitzer:	1. Ri'inAG Kochale	9/20 und 2/5 Vw und 3/20 Richtervertretung
	2. Ri'inLG Ringel	2/5 und 2/5 Vw
	3. Ri'inLG Kawa	29/50 und 1/5 Güterrichterin
	4. Ri'inLG Tenneberg	49/50
Vertreter:	3. Zivilkammer	

Geschäftsaufgaben:

1. Berufungen gegen Urteile der Amtsgerichte, soweit nicht eine andere Zivilkammer zuständig ist;
2. Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte, soweit nicht eine andere Zivilkammer zuständig ist;
3. Verfahren nach dem Therapieunterbringungsgesetz (ThUG);
4. zweitinstanzliche Verfahren nach §§ 103 Abs. 1 ff. Sachenrechtsbereinigungsg, Entscheidungen nach § 88 Abs. 2 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes und § 18 Bodensonderungsg;
5. Entscheidungen nach §§ 36, 45 Abs. 3 ZPO, § 5 FamFG;
6. AR-Sachen;
7. alle Zivilverfahren, die aufgrund des Geschäftsverteilungsplanes anderen Zivilkammern nicht zugeordnet werden können.

3. Zivilkammer

zugleich als Kammer für Baulandsachen

Vorsitzender:	VRiLG	Ehm	2/5 und 1/10 Vw
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Ulmer	3/10 und 1/10 Güterrichterin
	2. Ri'inLG Dr. Hammerschmidt		2/5
	3. Ri Wiegand		
Vertreter:	6. Zivilkammer, hilfsweise 4. Zivilkammer		

als Kammer für Baulandsachen:

Vorsitzender:	VRiLG	Ehm	1/10
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Ulmer	1/10
	2. Ri'inVG	Baus	
Vertreter:	Für die Richter des Landgerichts: Ri'inLG Dr. Hammerschmidt Für Ri'inVG Baus: Ri'inVG Dr. Saugier		

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Verfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. B;
2. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen (§ 72a Satz 1 Nr. 2 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht;
3. erstinstanzliche Streitigkeiten betreffend Ansprüche aus der Insolvenzordnung, Gesamtvollstreckungsordnung, Konkursordnung und Vergleichsordnung sowie aus Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners in und außerhalb der Insolvenz, der Gesamtvollstreckung und des Konkurses (§§ 129 ff. InsO, § 10 GesO, §§ 29 ff., 196 KO, AnfG);
4. erstinstanzliche Verfahren betreffend Ersatzansprüche gemäß §§ 43, 64 GmbHG;
5. Beschwerden in Gesamtvollstreckungssachen und Insolvenzsachen;

als Kammer für Baulandsachen:

Verfahren, für die nach §§ 217 ff. BauGB oder nach den gemäß § 232 BauGB geltenden landesrechtlichen Zuweisungen die Kammer für Baulandsachen zuständig ist.

4. Zivilkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Dr. Grubert	
Beisitzer:	1. RiLG	Hamm	
	2. Ri'inLG	Hülsmann	
	3. Ri'inLG	Weichert	1/2
	4. Ri Fiege		
Vertreter:	5. Zivilkammer, hilfsweise 3. Zivilkammer		

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Verfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. B;
2. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen (§ 72a Satz 1 Nr. 2 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht;

3. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften (§ 72a Satz 1 Nr. 1 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht;
4. erstinstanzliche Verfahren nach §§ 103 Abs.1 ff. Sachenrechtsbereinigungsgesetz, nach dem Grundstücksrechtsbereinigungsgesetz und nach dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz;
5. erst- und zweitinstanzliche Verfahren und Beschwerden nach dem Urheberrechtsgesetz und dem Verfahren nach dem Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie;
6. Entscheidungen über Anträge auf gerichtliche Entscheidung gemäß § 127 GNotKG sowie Entscheidungen nach § 15 BNotO oder § 54 BeurkG;
7. Beschwerden gegen Kostenfestsetzungsbeschlüsse und den Kostenansatz der Amtsgerichte mit Ausnahme des Kostenansatzes nach § 16 ZSEG/§ 4 JVEG;
8. Beschwerden gegen Vergütungsfestsetzungen in Prozesskostenhilfverfahren und gegen Festsetzungen nach § 11 RVG.

5. Zivilkammer

Vorsitzende
Beisitzer

VRi'inLG	Lachs	
1. Ri'inLG	Keil	
2. Ri'inLG	Dr. Fichtner	1/2
3. Ri	Häntschel	
4. Ri	Rödel	7/10

Vertreter: 4. Zivilkammer, hilfsweise 6. Zivilkammer

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Verfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. B;
2. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen (§ 72a Satz 1 Nr. 2 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht;
3. erstinstanzliche Verfahren betreffend Ansprüche aus Fracht-, Speditions- und Lagergeschäften;
4. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen (§ 72a Satz 1 Nr. 4 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht.

6. Zivilkammer

Vorsitzende:

VRiLG	Ehm	2/5
1. Ri'inLG	Dr. Schluchter	1/2 und 1/10 Vw
2. Ri'inLG	Milferstedt-Grubert	4/5 und 1/5 GüterichterIn
3. Ri'inAG	Dr. Thieme	1/2

Vertreter: 3. Zivilkammer, hilfsweise 5. Zivilkammer

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Verfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. B;
2. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen (§ 72a Satz 1 Nr. 2 GVG) einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht;
3. erst- und zweitinstanzliche Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen (§ 72a Satz 1 Nr. 3 GVG) sowie über damit im Zusammenhang stehende Amtshaftungsansprüche einschließlich derartiger Verfahren aus abgetretenem Recht.

7. Zivilkammer, 1. Kammer für Handelssachen

Vorsitzender:	VRiLG Dr. Grubert		
Beisitzer:	Handelsrichter	Ratzka	1/10
	Handelsrichter	Peter	1/10
Vertreter:	VRi'inLG Rosenbach, hilfsweise VRiLG Ehm, hilfsweise 3. Zivilkammer		

Geschäftsaufgabe:

Verfahren, über welche die 7. Zivilkammer entschieden hat und die an das Landgericht zurückverwiesen werden.

8. Zivilkammer, 2. Kammer für Handelssachen

Vorsitzende:	VRi'inLG	Rosenbach	7/10
Beisitzer	Handelsrichter	Dr. Schwarz	
	Handelsrichter	Henrici	
	Handelsrichter	Kuschfeld	
	Handelsrichter	Ciesolka	
	Handelsrichter	Wenzel	
	Handelsrichterin	Bieler	
	Handelsrichterin	Böhme	

Handelsrichter	Leib	
Handelsrichterin	Simon-Kuch	
Handelsrichter	Arndt	
Handelsrichter	Ratzka	9/10
Handelsrichter	Peter	9/10

Vertreter: VRiLG Dr. Grubert,
hilfsweise VRi'inLG Lachs, hilfsweise 5. Zivilkammer

Geschäftsaufgaben:

Geschäftsaufgaben, die der Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen unterfallen, sofern nicht die 7. Zivilkammer zuständig ist.

9. Zivilkammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Rosenbach	3/10
Beisitzer	1. Ri'inLG	Kawa	1/50
	2. Ri'inLG	Tenneberg	1/50
	3. RiLG	Bachmann	

Vertreter: 6. Zivilkammer

Geschäftsaufgaben:

- erstinstanzliche Verfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. B;
- aus dem Dezernat von Ri'inLG Dr. Hammerschmidt die jüngsten 15 rechtshängigen, noch nicht terminierten O-Sachen mit Ausnahme solcher Verfahren,
 - bei denen sich die Zuständigkeit der 3. Zivilkammer auf eine Spezialzuständigkeit stützt,
 - die im Sachzusammenhang mit einem weiteren Verfahren des Dezernats der Richterin stehen,
 - die durch eine Abtrennung aus einem anderen Verfahren der 3. Zivilkammer entstanden sind oder
 - bei denen es sich um Arrest- oder einstweilige Verfügungsverfahren handelt,

Soweit die oben jeweils genannte Anzahl von O-Sachen nicht durch noch nicht terminierte O-Sachen erreicht wird, wird nach obiger Maßgabe hilfsweise auf bereits terminierte O-Sachen zurückgegriffen.

1. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Stengel	2/5 und 1/10 Vw
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Schwick	2/5
	2. Ri'inLG	Franz	1/5
	3. Ri Rödel		1/10
Vertreter:	5. Strafkammer, hilfsweise 10. Strafkammer		

Geschäftsaufgaben:

1. Schwurgerichtssachen gemäß § 74 Abs. 2 GVG;
2. Beschwerden in Schwurgerichtssachen;
3. an die Erwachsenenschwurgerichtskammer zurückverwiesene Jugendschwurgerichtssachen;
4. zurückverwiesene Schwurgerichtssachen anderer Landgerichte;
5. AR-Sachen, soweit sie die Schöffen betreffen.

2. Strafkammer

Vorsitzender	VRiLG	Tormöhlen	2/3
Beisitzer:	1. RiLG	Hoya	2/3
	2. Ri'in	Voigt	2/3
	3. RiAG	Dr. Mitsching	1/5

Vertreter: 13. Strafkammer

als kleine Wirtschaftsstrafkammer

Vorsitzender	VRiLG	Tormöhlen
Vertreter:	RiLG Hoya, danach RiAG Dr. Mitsching, danach weiter hilfsweise 13. Strafkammer	

als erweiterte kleine Wirtschaftsstrafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Tormöhlen
Vertreter des Vorsitzenden:	RiLG	Hoya
Beisitzer:	RiLG	Hoya
Vertreter des Beisitzers:	Ri'in	Voigt, hilfsweise RiAG Dr. Mitsching

Geschäftsaufgaben:

1. als große Strafkammer:
 - a) erstinstanzliche Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe von Kapitel I lit. C I 1 c;
 - b) zurückverwiesene Wirtschaftsstrafsachen der 13. Strafkammer;
 - c) Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 c;
 - d) AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII;
2. als kleine Strafkammer:
 - a) Berufungsverfahren, die Straftaten nach § 74c Abs.1 GVG zum Gegenstand haben, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 c;
 - b) zurückverwiesene Wirtschaftsstrafsachen der 13. kleinen Strafkammer;
 - c) Entscheidungen über Ablehnungsgesuche gemäß Kapitel I lit. E 2 d letzter Absatz.

3. Strafkammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Staron	1/2
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Petersen	1/2
	2. Ri'inLG	Hermesen	1/4
	3. Ri'in	Wieneke	1/2
Vertreter:	13. Strafkammer, hilfsweise 5. Strafkammer		

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen außer Staatsschutz- und Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2;
2. zurückverwiesene Strafsachen der 13. Strafkammer, sofern nicht die 2. Strafkammer zuständig ist;
3. Beschwerden, die nicht ausdrücklich anderen Kammern zugewiesen sind, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 d;
4. zurückverwiesene Staatsschutzsachen;
5. Verfahren nach § 4 Abs. 2 NS-AufhG;
6. AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII;
7. objektive Verfahren ohne Beschuldigten, für die keine Sonderzuständigkeit besteht;
8. alle sonstigen Entscheidungen, soweit sie nicht ausdrücklich einer anderen Strafkammer zugewiesen sind.

4. Strafkammer, Jugend-, Jugendschutz- und Jugendschwurgerichtskammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Staron	1/2
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Petersen	1/2
	2. Ri'inLG	Hermesen	1/4
	3. Ri'in	Wieneke	1/2
Vertreter:	14. Strafkammer		
<u>zugleich als kleine Jugendkammer</u>			
Vorsitzender:	VRi'inLG	Staron	
Vertreter:	Ri'inLG	Petersen	

Geschäftsaufgaben:

1. Jugendschwurgerichtsverfahren gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 1 JGG nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
2. zurückverwiesene Sachen der 14. Strafkammer sowie anderer Landgerichte in Jugendschwurgerichtssachen;
3. zurückverwiesene Sachen der 14. Strafkammer sowie anderer Landgerichte in sonstigen Jugend- und Jugendschutzsachen.
4. als große Jugendkammer:
 - a) Erstinstanzliche Jugend- und Jugendschutzsachen, die zur Jugendkammer angeklagt sind, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
 - b) Berufungen gegen Urteile des Jugendschöffengerichts nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
 - c) Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Jugend- und Jugendschutzsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b.
5. als kleine Jugendkammer:

Berufungen gegen Urteile des Jugendrichters nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
6. AR-Sachen in Jugend- und Jugendschutzverfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
7. alle sonstigen Entscheidungen in Jugend- und Jugendschutzsachen, soweit sie nicht ausdrücklich einer anderen Jugendkammer zugewiesen sind.

5. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG Stengel	2/5
Beisitzer:	1. Ri'inLG Schwick	2/5
	2. Ri'inLG Franz	2/5
	3. Ri Rödel	1/10
Vertreter:	1. Strafkammer, hilfsweise 10. Strafkammer	

als kleine Strafkammer:

Vorsitzender:	VRiLG	Stengel
Vertreterin:	Ri'inLG	Schwick

als erweiterte kleine Strafkammer:

Vorsitzender:	VRiLG	Stengel
Vertreterin des Vorsitzenden:	Ri'inLG	Schwick
Beisitzerin:	Ri'inLG	Schwick
Vertreterin der Beisitzerin	Ri'inLG	Franz

Geschäftsaufgaben:

1. als große Strafkammer:

- erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen außer Staatsschutz- und Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2;
- zurückverwiesene erstinstanzliche Strafsachen der 10. Strafkammer;
- AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII.

2. als kleine Strafkammer:

zurückverwiesene Berufungsstrafverfahren der 7. kleinen Strafkammer.

6. Strafkammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Häußler	1/5 und 3/20 Vw
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Rosenfeld	1/5 und 1/10 GüterichterIn
	2. RiLG	Kastrup	1/5
	3. Ri'inLG	Dr. Hammerschmidt	1/5

Vertreter: 16. Strafkammer

Geschäftsaufgaben:

erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen außer Staatsschutz- und Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2

7. Strafkammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Häußler	13/20
Beisitzer:	1. RiLG	Kastrup	4/5
	2. Ri'inLG	Rosenfeld	7/10 und 1/10 Güterichterin
	3. Ri'inLG	Dr. Hammerschmidt	2/5
	4. Ri'inAG	Zufall	3/10 und 1/5 Vw

Vertreter: 8. Strafkammer

als kleine Strafkammer:

Vorsitzende:	VRi'inLG	Häußler
Vertreterin:	Ri'inAG	Zufall, hilfsweise Ri'inLG Dr. Hammerschmidt

als erweiterte kleine Strafkammer:

Vorsitzende:	VRi'inLG	Häußler
Vertreterin der Vorsitzenden	Ri'inAG	Zufall
Beisitzerin:	Ri'inLG	Dr. Hammerschmidt

Geschäftsaufgaben:

1. als Strafvollstreckungskammer:

- Entscheidungen gemäß § 78a GVG;
- Bewährungs- und Führungsaufsichtssachen nach § 78a GVG;
- alle sonstigen Strafvollstreckungs- und AR–Strafvollstreckungssachen.

2. als kleine Strafkammer:

- a) Berufungen gegen die Urteile der Strafrichter und Schöffengerichte nach Maßgabe des Kapitels I lit. C II;
- b) zurückverwiesene Berufungsstrafverfahren der 9. Strafkammer.

8. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	zur Nieden
Vertreterin:	VRi'inLG	Häußler
<u>als erweiterte kleine Strafkammer</u>		
Vorsitzender:	VRiLG	zur Nieden
Vertreterin des Vorsitzenden:	VRi'inLG	Häußler
Beisitzerin:	Ri'inLG	Dr. Hammerschmidt
Vertreterin des Beisitzers	Ri'inLG	Rosenfeld

Geschäftsaufgaben:

- 1. Berufungen gegen die Urteile der Strafrichter und der Schöffengerichte nach Maßgabe des Kapitels I lit. C II;
- 2. zurückverwiesene Strafsachen der 5. kleinen Strafkammer.

9. Strafkammer

Vorsitzender:	PräsLG	Engelhard	1/5 und 4/5 Vw
Vertreter:	RiLG	Keizers	
<u>als erweiterte kleine Strafkammer</u>			
Vorsitzender:	PräsLG	Engelhard	
Vertreter des Vorsitzenden:	RiLG	Keizers	
Beisitzerin:	Ri'inLG	Ulmer	

Geschäftsaufgaben:

1. Berufungen gegen die Urteile der Strafrichter und der Schöffengerichte nach Maßgabe des Kapitels I lit. C. II;
2. zurückverwiesene Strafsachen der 8. kleinen Strafkammer;
3. zurückverwiesene Strafsachen, soweit es sich um ein Berufungsurteil in Erwachsenensachen handelt, das von einem anderen Landgericht erlassen worden ist.

10. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Bortfeldt	1/2
Beisitzer	1. Ri'inLG	Hermesen	1/4
	2. Ri'inLG	Dr. Müller-Mezger	1/2
	3. Ri'in	Hadamitzky	1/10
	4. Ri'in	Dr. Kessler-Jensch	1/2
Vertreter:	5. Strafkammer	hilfsweise 3. Strafkammer	

Geschäftsaufgaben:

1. erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen außer Staatsschutz- und Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2;
2. zurückverwiesene erstinstanzliche Schwurgerichtssachen der 1. Strafkammer;
3. zurückverwiesene erstinstanzliche Strafsachen der 5. Strafkammer;
4. Beschwerden, die nicht ausdrücklich anderen Kammern zugewiesen sind, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 d;
5. AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII.

12. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Stengel	1/10
Beisitzer:	Ri'inLG	Schwick	1/5
	Ri'inLG	Franz	3/20
	Ri	Rödel	1/10
Vertreter:	1. Strafkammer, hilfsweise 10. Strafkammer		

Geschäftsaufgaben:

1. Rehabilitierungsverfahren;
2. Betragsverfahren in Rehabilitierungsverfahren.

13. Strafkammer

Vorsitzender:	N.N.		
Beisitzer:	1. RiLG	Ringel	
	2. Ri'inLG	Geyer	
	3. Ri'LG	Keizers	9/10 und 1/10 Vw
Vertreter	in Wirtschaftsstrafsachen 2. Strafkammer, im Übrigen 3. Strafkammer		

als kleine Wirtschaftsstrafkammer und kleine Strafkammer

Vorsitzender	N.N.
Vertreter	RiLG Ringel, danach Ri'inLG Geyer, danach RiLG Keizers

als erweiterte kleine Wirtschaftsstrafkammer und erweiterte kleine Strafkammer

Vorsitzender	N.N.	
Vertreter des Vorsitzenden	RiLG	Ringel
Beisitzerin	Ri'inLG	Geyer
Vertreter der Beisitzerin	RiLG	Keizers

Geschäftsaufgaben:

1. als große Strafkammer:

- a) erstinstanzliche Wirtschaftsstrafsachen gemäß § 74c Abs. 1 GVG nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 c; b) zurückverwiesene Strafsachen der 2. Strafkammer;
- c) Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Wirtschaftsstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 c;
- d) Staatsschutzsachen gemäß § 74a GVG;
- e) Beschwerden gemäß § 74a Abs. 3 GVG i.V.m. § 73 Abs. 1 GVG;
- f) erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2;
- g) zurückverwiesene Strafsachen der 16. und 3. großen Strafkammer;

- h) zurückverwiesene Strafsachen anderer Landgerichte, soweit es sich nicht um Schwurgerichtssachen, Jugend- oder Jugendschutz- oder Jugendschwurgerichtssachen oder Berufungssachen handelt;
- i) zweifach an das Landgericht Halle zurückverwiesene Erwachsenenstrafsachen, soweit eine zweite Auffangstrafkammer nicht besteht.
- j) AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII;

2. als kleine Strafkammer:

- a) Berufungsverfahren, die Straftaten nach § 74c Abs.1 GVG zum Gegenstand haben, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 c;
- b) zurückverwiesene Strafsachen der 2. kleinen Strafkammer;
- c) zurückverwiesene Strafsachen der 16. kleinen Strafkammer;

14. Strafkammer, Jugend-, Jugendschutz- und Jugendschwurgerichtskammer

Vorsitzender:	VRiLG	Bortfeldt	1/2
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Hermesen	1/4
	2. Ri'inLG	Dr. Müller-Mezger	1/2
	3. Ri'in	Hadamitzky	1/10
	4. Ri'in	Dr. Kessler-Jensch	1/2
Vertreter:	4. Strafkammer		
<u>zugleich als kleine Jugendkammer</u>			
Vorsitzender:	VRiLG	Bortfeldt	
Vertreterin:	Ri'inLG	Hermesen, danach Ri'inLG Dr. Müller-Mezger	

Geschäftsaufgaben:

1. Jugendschwurgerichtsverfahren gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 1 JGG nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
2. zurückverwiesene Sachen der 4. Strafkammer in Jugendschwurgerichtssachen;
3. zurückverwiesene Sachen der 4. Strafkammer in sonstigen Jugend- und Jugendschutzsachen.
4. als große Jugendkammer:
 - a) erstinstanzliche Jugend- und Jugendschutzsachen, die zur Jugendkammer angeklagt sind, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;
 - b) Berufungen gegen Urteile des Jugendschöffengerichts nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b;

- c) Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Jugend- und Jugendschutzsachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b.
5. als kleine Jugendkammer:
Berufungen gegen Urteile des Jugendrichters nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b.
6. AR-Sachen in Jugend- und Jugendschutzverfahren nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 1 b.

15. Strafkammer

Vorsitzende:	VRi'inLG	Lachs
Beisitzer:	1. Ri'inLG	Keil
	2. RiLG	Hamm
Vertreter:	4. Zivilkammer	

Geschäftsaufgabe:

Verfahren betreffend die Anordnung von Maßnahmen nach §§ 100b und 100c StPO.

16. Strafkammer

Vorsitzender:	VRiLG	Tormöhlen	1/3
Beisitzer:	1. RiLG	Hoya	1/3
	2. Ri'in	Voigt	1/3
	3. RiAG	Dr. Mitsching	1/5
Vertreter:	13. Strafkammer		
<u>als kleine Strafkammer:</u>			
Vorsitzender:	VRiLG	Tormöhlen	
Vertreter:	RiLG Hoya, danach RiAG	Dr. Mitsching	
<u>als erweiterte kleine Strafkammer:</u>			
Vorsitzender:	VRiLG	Tormöhlen	
Vertreter des Vorsitzenden	RiLG	Hoya	
Beisitzer:	RiLG	Hoya	
Vertreter des Beisitzers	Ri'in	Voigt, hilfsweise RiAG	Dr. Mitsching

Geschäftsaufgaben:

1. als große Strafkammer:

- a) erstinstanzliche Erwachsenenstrafsachen, außer Staatsschutz- und Wirtschaftsstrafsachen, nach Maßgabe des Kapitels I lit. C I 2;
- b) AR-Sachen nach Maßgabe des Kapitels I lit. C VII;
- c) zurückverwiesene Strafsachen der 6. Strafkammer.

2. als kleine Strafkammer:

zurückverwiesene Berufungsstrafverfahren der 13. kleinen Strafkammer, die nicht Straftaten nach § 74c Abs.1 GVG zum Gegenstand haben.

Abschlussbemerkung

Es wird abschließend darauf hingewiesen, dass

PräsLG	Engelhard	mit 4/5
VRiLG	Stengel	mit 1/10 (Vertretung PräsLG)
Ri'inLG	Ringel	mit 2/5 (Präsidialrichterin)
Ri'inAG	Kochale	mit 2/5 (Präsidialrichterin)
RiLG	Keizers	mit 1/10
VRiLG	Ehm	mit 1/10 (Pressesprecher),
RiAG	Dr. Mitsching	mit 1/10 (Referendare, Praktikanten)
Ri'inLG	Dr. Schluchter	mit 1/10 (Arbeitsgemeinschaftsleiterin)
Ri'inLG	Häußler	mit 3/20 (Notarsachen / Datenschutzbeauftragte)
Ri'inAG	Zufall	mit 1/5 (RDG u.a.)

ihrer Arbeitskraft in Verwaltungsangelegenheiten tätig sind. Dies wird durch den Zusatz „Vw“ gekennzeichnet.

Halle, 16.12.2019

Das Präsidium des Landgerichts

PräsLG Engelhard ist
krankheitsbedingt an der
Unterschrift gehindert.

Stengel

Ulmer

Stengel

Ringel

Dr. Grubert

Ehm

Keizers

Dr. Fichtner

Hoya